



Jochen Haußmann

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Parlamentarischer Geschäftsführer, stellv. Vorsitzender und
gesundheitspolitischer Sprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion

PRESSEMITTEILUNG

vom 4. November 2022

Haußmann und Goll: Baden-Württemberg kann über den Bundesrat noch Einfluss nehmen

Geplante EU-Richtlinie kann Weinbau im Remstal in Gefahr bringen

Rems-Murr-Kreis

„Ein Remstal ohne Weinbau? Das kann passieren, wenn die EU-Kommission ihre geplante Richtlinie zum nachhaltigen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln nicht an die Wirklichkeit anpasst“, sagen die FDP-Landtagsabgeordneten Julia Goll und Jochen Haußmann, die sich auch in ihrer Funktion als FDP-FW-Kreisräte gegen die EU-Pläne stark machen. Der Knackpunkt im Remstal ist die Kombination aus Weinbau, Landschafts- und Naturschutz. „Eine Kombination die bisher hervorragend funktioniert, aber durch die Neuregelung soll nach dem Vorschlag der EU-Kommission ein Totalverbot Pflanzenschutzmitteln in Schutzgebieten, verbunden mit einem Auflagenwahnsinn in den angrenzenden Bereichen kommen“, kritisieren beide.

Dabei meint es die EU nur gut, sagt das Land: „Die Landesregierung begrüßt das grundsätzliche Ziel des Entwurfs der EU-Kommission, eine sichere, nachhaltige, gerechte, klimaverträgliche und erschwingliche Erzeugung von Lebensmitteln unter Beachtung der Grundsätze der Nachhaltigkeit, des Schutzes der biologischen Vielfalt und der Ökosysteme bei gleichzeitiger Sicherstellung der Ernährungssicherheit“, antwortet Landwirtschaftsminister Peter Hauk, in seiner Stellungnahme zu einem Antrag der FDP zum Thema.

Um dann aber selber den verbalen Knüppel aus dem Sack zu holen: Er „hält den vorliegenden Vorschlag jedoch für nicht geeignet, um diese vielfältigen Ziele zu erreichen. Vielmehr ist zu befürchten, dass er

1/2



Jochen Haußmann

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Parlamentarischer Geschäftsführer, stellv. Vorsitzender und
gesundheitspolitischer Sprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion

zu einem unverhältnismäßig hohen Aufwand an Bürokratie und Kosten sowie zu einem Rückgang und einer erheblichen Verteuerung der landwirtschaftlichen Erzeugung führen wird. Das betrifft insbesondere den vor allem in Deutschland überproportional hohen Anteil an gemeldeten Schutzgebieten mit zu erwartendem vollständigen Verbot des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln, umfangreiche Dokumentations-, Kontroll-, Register- und Berichtspflichten.“

Kurz: „Auflagenwahnsinn“ (Goll) oder „Bürokratiemonster“ (Haußmann), schlimmer noch: „Existenzbedrohung zahlreicher land- und weinwirtschaftlicher Familienbetriebe“. Das sehen nicht nur die beiden FDP-Abgeordneten so, sondern auch Landrat Dr. Sigel, der in diesem Punkt in zahlreichen Richtungen aktiv ist. „Wir stehen voll hinter seiner Initiative und unterstützen diese auf Landesebene bis hin zur EU“, sagen die beiden Landtagsabgeordneten, die es aus den Erfahrungen mit der EU-Kommission heraus, für wichtig ansehen, „alle Hebel in Bewegung zu setzen, um eine umsetzbare EU-Richtlinie zu erreichen. Denn die geplante Änderung gehört zum Green Deal und da ist die Kommission recht beratungsresistent, wie wir am Beispiel Auto erleben.“ Deswegen haben sie den FDP-Europaabgeordneten Andreas Glück aus Münsingen mit ins Boot geholt. Er gehört im Europaparlament dem Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit sowie als Stellvertreter dem Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie an.

Rund 48 Prozent der Flächen im Land wären von der EU-Verordnung betroffen, schreibt Landwirtschaftsminister Hauk.

„Auf lokaler Ebene kann er die Verhältnisse (noch) nicht näher beziffern“, sagen Julia Goll und Jochen Haußmann: „Aber ein Blick auf die Seite Liste der Landschaftsschutzgebiete im Rems-Murr-Kreis auf Wikipedia reicht, um die Brisanz des Vorhaben zu erkennen: Immer wieder lesen wir bei Schutzgebieten im Remstal „Keuperlandschaft mit Weinbergen, Obsthängen, Bachtälchen, Wiesen und Wald.“ Aber was ist denn noch zu erreichen? „Die Länder haben die Möglichkeit, über den Bundesrat im Rahmen einer Stellungnahme um eine Anpassung der Verordnung zu ersuchen. Baden-Württemberg und Bayern haben dazu einen Antrag gestellt, der im Bundesausschuss für Agrarpolitik und Verbraucherschutz angenommen worden ist“, so die beiden FDP-Landtagsabgeordneten: „Jetzt geht es darum alle Einflussmöglichkeiten zu nutzen.“

2/2